

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 57 (1963)
Heft: 3

Artikel: Eine Stimme aus Amerika : "Frauen streiken für den Frieden", 4. Februar 1963
Autor: Taylor, Ethel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140767>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2. *die Gelegenheit zu nützen*, die in der neuen Einberufung der 18-Nationen-Abrüstungskonferenz in Genf geboten ist, um einen feierlichen Appell an die teilnehmenden Konferenzdelegationen zu richten, sie möchten auf ein Abkommen über ein Testverbot drängen und möglichst bald eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle einleiten und so die Mittel freimachen, die für das große und aufbauende Werk der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in einer friedlichen Welt so dringend benötigt werden.

Name	Titel
Josué de Castro	Universidade de Brasil (Brazil)
Walsh McDermott	Cornell University, Medical College, New York (United States of America)
E. K. Fedorov	Academy of Sciences, Moscow (Union of Soviet Socialist Republics)
Lord Casey	Commonwealth Scientific and Industrial Re- search Organisation, Melbourne (Australia)
Henri Laugier	Sorbonne, Paris (France)
J. W. T. Spinks	University of Saskatchewan (Canada)
Abba Eban	Weizmann Institute of Science (Israel)
Michael Kalecki	Académie polonaise des Sciences (Poland)
J. Bogнар	Institute of Cultural Relations (Hungary)

Eine Stimme aus Amerika

«*Frauen streiken für den Frieden*», 4. Februar 1963.

Text eines Telegramms an Präsident Kennedy von der östlichen Regionalkonferenz der Bewegung «Frauen streiken für den Frieden» (WISP).

«Wir ersuchen Sie dringend, von neuem ein Moratorium der US-Nukleartests zu erlassen und dadurch den aufrichtigen Willen unserer Nation für ein bindendes Testverbotabkommen mit der Sowjetunion zu demonstrieren.

Dies könnte dazu beitragen, die Atmosphäre der Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten, welche durch die Sowjet-Konzession der Inspektion an Ort und Stelle erwirkt wurde und die beide Parteien so atemberaubend nahe einer Erfüllung der Hoffnungen der ganzen Welt brachte.

Wir hoffen, die USA und die Sowjetunion werden in den übrigbleibenden kleinen Differenzen sich gegenseitig entgegenkommen; dies wäre ein wichtiger erster Schritt auf eine kontrollierte Weltabrüstung hin und würde eine tragische Gefährdung von jetzt lebenden und noch ungeborenen Kindern aus der Welt schaffen.

Wir bitten Sie dringend, das amerikanische Volk über die Bedeutung des Durchbruchs zu informieren, der in der russischen Zustimmung zum amerikanischen Prinzip der Inspektion an Ort und Stelle zum Ausdruck kommt.

Wir wissen, daß ein Testverbot noch keine Lösung der Probleme des Nuklearzeitalters darstellt, da beide Parteien immer noch die Macht haben, einander zu vernichten. Aber ein Testverbot könnte dem Tod und der Verkrüppelung Halt gebieten, die wir jetzt in unsichtbarer Form verbreiten, indem wir die Atmosphäre vergiften. Ein Testverbot könnte auch den Weg frei machen für das gegenseitige Vertrauen, das für eine Weltabrüstung unter genügender Kontrolle erforderlich ist.»

Unterzeichnet: Mrs. Ethel Taylor

Mitteilung an «Frauen streiken für den Frieden» von Dr. Jay Orear, Cornell Universität.

Ich bin nachdrücklich für Verhandlungen in diesem Sinne. Die Differenzen zwischen der Einstellung der USA und der Sowjetunion sind sehr geringfügig. Was ins Gewicht fällt, ist die russische Zustimmung zu einer vetofreien obligatorischen Inspektion an Ort und Stelle. Die Anzahl dieser Inspektionen ist weniger wichtig.

Mitteilung an «Frauen streiken für den Frieden» von Dr. David Inglis, Argonne National Laboratory.

Die Zeit ist reif für ein Abkommen mit Rußland über Nukleartests. Das Vorgehen der amerikanischen Regierung ist richtig. Es besteht eine gute Chance, daß die Russen Inspektionen und Kontrollen in genügendem Umfange zustimmen, da selbst kleine, unwichtige Verstöße gegen das Abkommen ein großes Risiko des Entdecktwerdens mit sich brächten. Wenn die Regierung ein solches Abkommen schließen kann, das unsere nationale Sicherheit nicht gefährdet, so werden sich die Ereignisse so entwickeln, daß wir das Wettrüsten nicht wie jetzt Jahrzehnt um Jahrzehnt fortführen müssen bis zur Weltkatastrophe.

Mitteilung an «Frauen streiken für den Frieden» von Dr. Hudson Hoagland, Präsident der Amerikanischen Akademie der Künste und Wissenschaften.

Ich bin mit jeder Bemühung unserer Regierung einverstanden, die ein Versuchsverbot als Vorstufe zu vernünftiger Abrüstung in Aussicht nimmt. Ich bin der Ansicht, daß ein Abkommen über Testverbote von höchster Bedeutung ist. Wir können nicht unbeschränkt Waffen aufstapeln.

Mitteilung an «Frauen streiken für den Frieden» von Dr. Alexander Rich, Massachusetts Institute of Technology.

Ich befürworte von ganzem Herzen den Versuch der amerikanischen Regierung, zu einem wirksamen Nukleartestverbotabkommen

mit der Sowjetunion zu gelangen. Ein Erfolg in dieser Frage wäre meiner Meinung nach einer der bedeutsamsten ersten Schritte auf die Friedenssicherung und die schließliche Abrüstung hin, die nötig ist, wenn wir überleben wollen.

Mitgeteilt von der Bewegung «Frauen streiken für den Frieden»

WELTRUNDSCHAU

Westliches Durcheinander Der Westblock wird lang brauchen, bis er sich von dem Stoß erholt hat, den ihm das Frankreich de Gaulles versetzt hat — wenn er sich überhaupt noch davon erholen wird. Man tröstet sich jetzt zwar im Westen über die Wirkungen dieser Erschütterung mit der Behauptung hinweg, das atlantische Bündnis selber sei nach wie vor unauflöslich fest geschlungen und werde sich gegebenenfalls mit der gleichen Entschlossenheit einer kriegerischen Drohung aus dem Osten erwehren, wie es das unter Führung Amerikas in der Kubakrise getan habe. Aber das wird eben doch nur so lange der Fall sein, als die Propagandalüge von den Eroberungsabsichten der Sowjetunion und Chinas im Westen geglaubt wird. Und man greift wohl den kommenden Dingen nicht vor, wenn man den Wirrwarr, der gegenwärtig in den Beziehungen der Westmächte herrscht, im Grunde nur als Ausdruck der Tatsache auffaßt, daß der ganze Atlantikblock ein Koloß auf tönernen Füßen ist, dem bei all seiner Kraftmeierei doch bereits das Urteil gesprochen ist. So darf man sich auch durch den Optimismus nicht täuschen lassen, den die Träger und Anhänger des Westbundes trotz dem «ausweglosen Labyrinth» zur Schau tragen, in das die Regierungen der westlichen Allianz geraten seien (wie sich die «Neue Zürcher Zeitung» vom 3. März ausdrückte). Gewiß kann die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* vorerst unverändert weiterbestehen, wenn auch ihre Vereinigung mit Großbritannien und der Freihandelszone, der ja auch die Schweiz angehört, in unbestimmte Ferne gerückt ist. Dies um so mehr, als man an der Spitze der deutschen Bundesrepublik vor einer Ausdehnung der EWG auf sozialdemokratische oder doch neutralistische Länder — Dänemark, Island, Norwegen, Schweden, Finnland —, wie der neue Bonner Wehrachtsminister von Hassel ausgeplaudert hat, mächtig Angst hat, nicht zu reden von Italien, dessen Zug nach links schon bedrohlich genug ist.

Was unter diesen Umständen aus dem *politisch-militärischen Überbau* der EWG, dem gegen den Osten gerichteten Europabund, der NATO und der Atomwaffengemeinschaft des Westens werden soll, ist erst recht unsicher. Das Mitspracherecht, das die europäischen NATO-Staaten bei der Planung der atomaren Abschreckungsstrategie